



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 104 • Die Woche im Bundestag • 11.11.2011

Aufschwung ausbauen – Koalition stärkt Wachstumskräfte

Deutschland ist stark aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herausgekommen. Auch in diesem Jahr hat sich unsere Wirtschaft gut entwickelt. Das Bruttoinlandsprodukt wird voraussichtlich um knapp drei Prozent wachsen. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem geringsten Stand seit 20 Jahren.

Möglich geworden ist diese Entwicklung durch eine beeindruckende Gemeinschaftsleistung von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Politik. In der Krise hat dieses Land zusammengehalten. Darauf können wir stolz sein.

Nun geht es darum, die Grundlagen unseres Erfolges auszubauen. Dazu braucht es eine christlich-liberale Politik der ökonomischen Vernunft und des sozialen Ausgleichs, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Zusammenhalts, eine Politik von Maß und Mitte.

Aus diesem Grund hat sich die Koalition am vergangenen Sonntag auf folgende Punkte verständigt:

Steuersenkungen:

Es waren die Arbeitnehmer, die sogenannten kleinen Leute, die den Aufschwung möglich gemacht haben – mit Fleiß, Pflichtbewusstsein und auch durch den Verzicht auf Lohnerhöhungen. Dadurch ist unser Land in bislang für unmöglich gehaltenem Maße wettbewerbsfähig geworden.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen jetzt auch an der Aufschwungsdividende teilhaben. Dabei hat die Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen für uns Vorrang. Dies erreichen wir durch eine Anhebung des steuerfreien Existenzminimums, eine entsprechende

Tarifverschiebung und indem wir einen Ausgleich für die verdeckte Steuererhöhungen schaffen, die sich aus der Lohn- und Preisentwicklung ergeben.

In zwei Schritten, zum 1. Januar 2013 und zum 1. Januar 2014, werden wir die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen im Volumen von insgesamt rund sechs Milliarden Euro an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben. Die Entlastungswirkung wird in 2013 zwei und in 2014 weitere vier Milliarden Euro betragen.

Pflegeversicherung:

Der Pflegebegriff konzentriert sich heute noch zu sehr auf körperliche Einschränkungen und benachteiligt damit Menschen, die an Demenz erkrankt sind. Sie brauchen weniger medizinische Pflege im engeren Sinn als vielmehr Betreuung und Hilfe im Alltag. Zukünftig sollen deshalb allgemeine Betreuungsleistungen, die sich insbesondere an Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz richten, ebenfalls Bestandteil der Pflegeversicherungsleistungen sein. Hierzu werden wir den Beitragssatz um 0,1 Prozentpunkte zum 1. Januar 2013 anheben.

Dies bedeutet, dass der Pflegeversicherung rund 1,1 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist die private Vorsorge ein wichtiger Baustein für die persönliche Absicherung in der Zukunft. Wir werden deshalb die Menschen dabei unterstützen und die freiwillige private Vorsorge für Leistungen bei Pflegebedürftigkeit zusätzlich zum heutigen System der kapitalgedeckten Altersvorsorge ebenfalls ab dem 1. Januar 2013 steuerlich fördern.

Familienpolitik:

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und Grünen geht es uns in CDU und CSU in der Familienpolitik nicht um die Festschreibung eines bestimmten Lebensmodells. Wir wollen Familien nicht auf ein bestimmtes Verhalten festlegen, sondern wirkliche Wahlfreiheit schaffen. Aus diesem Grund werden wir ab dem Jahr 2013 als zusätzliche Anerkennungs- und Unterstützungsleistung ein Betreuungsgeld in Höhe von zunächst 100 Euro für das zweite und ab dem Jahr 2014 in Höhe von 150 Euro für das zweite und dritte Lebensjahr des Kindes einführen.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit - Fachkräftemangel:

Der Mangel an Fachkräften gefährdet langfristig die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und stellt schon heute in manchen Bereichen ein wesentliches Wachstumshindernis dar. Fachkräfte leisten einen wichtigen Beitrag zur Entfaltung der wirtschaftlichen Dynamik, von der dann auch weniger qualifizierte Arbeitslose profitieren. Fehlen Fachkräfte, geht Wohlstand verloren.

Deshalb wollen wir die Attraktivität des deutschen Arbeitsmarktes für Hochqualifizierte aus dem Ausland steigern. Damit sie leichter nach Deutschland kommen können, haben wir uns auf die Einführung einer „blue card“ verständigt.

Außerdem wird die Gehaltsschwelle für die Erlangung einer unbefristeten Niederlassungserlaubnis von derzeit 66.000 auf 48.000 Euro abgesenkt. Dabei ist für uns klar: Eine Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme darf es nicht geben. Deshalb soll die unbefristete Niederlassungserlaubnis erlöschen, wenn innerhalb der ersten drei Jahre ein Sozialtransferbezug entsteht.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit – Infrastruktur:

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gehört auch die Einsicht, dass Deutschlands Wirtschaft zunächst und vor allem auf einer industriellen Grundlage ruht. Diese ist untrennbar mit einer leistungsstarken Infrastruktur verbunden. Deshalb werden wir zusätzlich eine Milliarde Euro

in die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes investieren.

Koalition behält Mittelstand fest im Blick

Der deutsche Mittelstand ist Rückgrat und Stabilitätsgarant unserer Wirtschaft. Mit seiner Flexibilität und seinen Innovationen hat er großen Anteil daran, dass Deutschland stark aus der Krise gekommen ist und die Beschäftigung ein Rekordniveau erreicht hat. Die christlich-liberale Koalition will den Mittelstand weiter stärken, indem wir Vorschriften vereinfachen und Bürokratiekosten senken. Aus diesem Grund beschließen wir in dieser Woche im Deutschen Bundestag den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Weniger Bürokratie für den Mittelstand – Den Erfolgskurs fortsetzen“.

Noch vor fünf Jahren mussten die Unternehmen in Deutschland rund 50 Milliarden Euro im Jahr für Bürokratiekosten aufwenden, inzwischen sparen sie jährlich deutlich über zehn Milliarden Euro ein. Wir wollen diesen Weg weiter gehen und über die Informationspflichten hinaus den sogenannten Erfüllungsaufwand reduzieren, beispielsweise für die Aufbewahrung von Rechnungen und Belegen oder für zollrechtliche Nachweispflichten. Wir benennen der Bundesregierung vielfältige Ansatzpunkte. Sie reichen von der Befreiung von Bilanzierungsvorschriften bei Kleinstunternehmen über die Einschränkung der Schriftformerfordernis bis hin zu vereinfachten Zulassungsverfahren für Kraftfahrzeuge. Der Bürokratieabbau soll auch nach dem bevorstehenden Erreichen des Ziels, 25 Prozent der Kosten aus Informationspflichten abzubauen, seine Dynamik behalten.

Arbeitsmarkt im Oktober 2011

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Oktober weiter gesunken. Im Oktober waren 2,737 Millionen Menschen ohne Arbeit und damit 59.000 weniger als noch im September. Die Arbeitslosenquote sank daher leicht um 0,1 Punkte auf 6,5 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat befanden sich 204.000 Menschen weniger auf Jobsuche. Zudem erreichte die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Wohnort in Deutschland mit rund 41,31 Millionen Personen im September 2011 einen neuerlichen Höchststand.

(Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt)